

DOKUMENT 42

Aus: Grüneberg, „Organisatorische Fragen der Wahlvorbereitungen“.

Die Wahl der Abgeordneten zur Volkskammer und zu den Bezirkstagen am 16. November 1958 und ihre Vorbereitung stehen im Zeichen der Durchführung des Kampfprogramms des V. Parteitags. Die gesamte Wahlbewegung ist darauf gerichtet, zur Verwirklichung der großen Ziele des V. Parteitags beizutragen und die Überlegenheit der sozialistischen Gesellschaftsordnung noch sichtbarer zu machen.

.....
.....

Die Aufgaben der Nationalen Front

Träger der Wahlen ist die Nationale Front des demokratischen Deutschland. Die demokratischen Parteien und Massenorganisationen vereinigen ihre Wahlvorschläge zur gemeinsamen Liste der Nationalen Front. Der gemeinsame Wahlvorschlag der Nationalen Front ist der Ausdruck der engen Zusammenarbeit aller demokratischen Kräfte, auf der die großen Erfolge des Neuaufbaus in den vergangenen Jahren beruhen. Die Verwirklichung des Kampf Programms des V. Parteitages, das von allen demokratischen Parteien und Massenorganisationen tatkräftig unterstützt wird, macht es erforderlich^ den Weg der Einigung aller Kräfte des Volkes für das gemeinsame Ziel und die gemeinsamen Aufgaben konsequent fortzusetzen.

Die Nationale Front des demokratischen Deutschland hat in der Vergangenheit einen bedeutsamen Beitrag zur Stärkung und Festigung der Arbeiter-und-Bauern-Macht geleistet. Wenn heute schon Millionen Menschen aus allen Schichten in einem tiefgehenden Wandlungsprozeß zum sozialistischen Bewußtsein begriffen sind und ihre Kräfte und Fähigkeiten bewußt in den Dienst des sozialistischen Aufbaus stellen, so ist das ein Ergebnis der kameradschaftlichen, vertrauensvollen Zusammenarbeit aller demokratischen Parteien und Massenorganisationen im Rahmen der Nationalen Front und unter der Führung unserer Partei.

.....
.....

Quelle: Sonderbeilage „Neues Deutschland“ vom 20. 9. 1958, Referat auf der 2. Tagung des ZK der SED am 18./19. 9. 1958.

Diese von der Nationalen Front durchgeführten Wahlen sind damit, wie Ulbricht es nennt, „Akte der Weiterentwicklung der sozialistischen Staatsorgane“ geworden. Sie dienen der „Vervollkommnung“ der Leitung des Staates. Zugleich heißt es aber, daß die Bevölkerung durch diese Wahlen enger mit den „Problemen des sozialistischen Aufbaus“ vertraut gemacht werde und in besonderen Leistungssteigerungen ihre Zustimmung hierzu erteilt habe. Praktisch sind die Wahlen also auch zu einem Hilfsmittel geworden, die Bevölkerung zu erhöhten Arbeitsverpflichtungen und zu politischen Stellungnahmen herauszufordern. Auf eine Ermittlung des politischen Willens der Bevölkerung kommt es den Machthabern in der SBZ bei einer Wahl überhaupt nicht an.

DOKUMENT 43

Aus: Ulbricht, „Die Staatslehre des Marxismus-Leninismus und ihre Anwendung in Deutschland“, Referat auf der Babelsberger Konferenz am 2. und 3. April 1958.

.....
.....

... Es ist notwendig, die Wahlen im Rahmen der Entwicklung der Volksdemokratie und des sozialistischen Aufbaus einzuschätzen. Die Wahlen sind Akte der Weiterentwicklung der sozialistischen Staatsorgane durch die Volksmassen. Die Wahlen dienen der Vervollkommnung der Leitung des Staates im Interesse des weiteren sozialistischen Aufbaus. Im Zusammenhang mit den Wahlen wird die Bevölkerung enger mit den Problemen des sozialistischen Aufbaus verbunden, und breitere Kreise der Bevölkerung werden zur staatlichen Mitarbeit herangezogen. Die Wahlen tragen also dazu bei, die Perspektiven des sozialistischen Aufbaus und der Entwicklung in Deutschland in die Massen zu tragen und breitere Massen zur Mitarbeit an der Durchführung des Aktionsprogramms zu gewinnen.

Quelle: Ulbricht, „Die Entwicklung des deutschen volksdemokratischen Staates 1945 bis 1958“, Dietz-Verlag, Ost-Berlin 1958, S. 614/642.

DOKUMENT 44

Aus: Polak, „Dialektik und Positivismus in der Staats- und Rechtswissenschaft“

4. Die Dialektik in der sozialistischen Staatsführung

.....
.....

Es geht also nicht um den empirischen Willen und die empirische Praxis, an die — wie die Analyse des Positivismus zeigt — das bürgerliche Recht und der bürgerliche Staat und seine Institutionen anknüpfen, es geht um den geschichtlich notwendigen, aus der Erkenntnis der Gesetzmäßigkeit der gesellschaftlichen Entwicklung gewonnenen Willen und um die aus dieser Erkenntnis sich entwickelnde Praxis.

.....
.....

Quelle: Polak, „Zur Dialektik in der Staatslehre“, Akademie-Verlag Ost-Berlin, 1960, S. 250.

Die immer wieder auftretenden Forderungen nach echten Wahlen im Sinne der Verfassungsbestimmungen werden als „gestrig“ und als „Parolen des Klassenfeindes“ bezeichnet. Trotzdem werden diese Forderungen in fast jeder V er Sammlung vor den Wahlen selbst von Mitgliedern der SED erhoben. Mit Aufrufen und Flugzetteln versucht die SED, diesen Forderungen entgegenzutreten.

DOKUMENT 45

Aus: „Wahlaufruf der Nationalen Front des demokratischen Deutschland“

.....
.....

Die Leute von gestern wollen uns einreden, das Gegeneinander sei besser als das Miteinander. Sie sagen stets, es wäre echte Freiheit, gegeneinander zu sein, und das Miteinander wäre Zwang. Für wen wollen sie denn „echte Freiheit“? Für die Ideen von gestern, die uns Deutschen Unglück und Krieg brachten! Für die Politiker der Ausweglosigkeit, die am Rockzipfel der Niederlagengenerale hängen! Für die Herren, die unter Freiheit Ausbeutung und unter Demokratie die Macht der Millionäre verstehen! Nein, das Alte kehrt nie wieder — das Neue festigt sich von Jahr zu Jahr!